

Uwe-Jens Heuer

Marxismus und Politik

Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften am 15. April 2004¹

1. Die kopernikanische Wende von Marx und Engels. Die Herausbildung des neuen Paradigmas, der neuen Sicht der Politik durch Marx und Engels war Resultat eines Zusammentreffens großer historischer Prozesse mit der spezifischen Geschichte zweier Individuen. Das Herannahen einer Umwälzung erhöhte gerade bei den damals jungen Leuten die Entschlossenheit, alte Tabus zu brechen. Das war die Atmosphäre, in die Marx, intelligent, wach, ehrgeizig, furchtlos, eintrat. Die junge Hegelsche Linke im Berliner Dokortklub, zu der Marx jetzt stieß, deutete Hegels Werk, seine Dialektik gegen den preußischen Staat, gegen die herrschende Ideologie im Sinne einer revolutionären Demokratie.

Nach dem Scheitern seines Lehrvorhabens nahm Marx im Oktober 1842 das Angebot an, leitender Redakteur der „Rheinischen Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe“ zu werden.

Alle Fragen, über die die Linkshegelianer geschrieben hatten, wurden jetzt zum Feld der unmittelbar praktischen Tätigkeit von Marx. Aus dem Philosophen wurde mit einem Schlag der praktisch tätige aktive Demokrat. Die Zensur wurde aus einem Gegenstand der Theorie zum praktischen Gegner. Gerade dieser Weg in die politische Praxis führte in erstaunlich kurzer Zeit zur Änderung, ja Umstülpung seiner theoretischen Positionen. In der Auseinandersetzung um die Bestrafung des Holzdiebstahls wandte Marx sich noch entschieden gegen den „verworfenen Materialismus“ der Waldeigentümer, gegen ihre Sonderinteressen und setzte sich – von Hegel inspiriert – für die Staatsvernunft ein (K. Marx, F. Engels, Werke, Berlin 1964 ff., hinfort als MEW bezeichnet, 1, S. 146).

Er sah aber bald, daß weder der Landtag, noch die Behörden Verständnis für die Not der Winzer hatten. Der Beamte sähe „nicht *absichtlich*, sondern

1 Der Vortrag ist zugleich eine Vorstellung meines im Januar erschienenen Buches gleichen Titels im VSA-Verlag Hamburg 2004.

notwendig die Zustände besser oder anders an, als sie sind“. Nur die freie Presse sei nicht in die Privatinteressen verwickelt. (ebenda, S. 186, 189). Die Zeit als Chefredakteur hatte nicht einmal ein halbes Jahr gedauert. Allein sie hatte genügt, um Marx die Notwendigkeit deutlich zu machen, sich über das Verhältnis von Politik und materiellen Interessen Klarheit zu verschaffen (vgl. den Rückblick 1859, MEW 13, S.7f.).

Die neue Konzeption veröffentlichte dann Marx, nun in Paris, 1844 mit den Arbeiten „Zur Judenfrage“ und „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“. Neben das umfassende Studium der französischen Geschichte war jetzt der unmittelbare Kontakt mit deutschen revolutionären Handwerkern, illegalen französischen Arbeiterbündeln, Kommunisten und Sozialisten in der Atmosphäre der Traditionen von 1789 und 1830 getreten. In der „Judenfrage“ forderte Marx – statt einer (nur) politischen – die menschliche Emanzipation des Individuums (MEW 1 S. 370). In der zweiten Arbeit ging Marx noch einen Schritt weiter und benennt das konkrete Subjekt der menschlichen Emanzipation. Notwendig sei eine radikale Revolution, deren Träger nur eine Klasse mit radikalen Ketten sein könne. Diese Klasse aber sei das Proletariat. „Wie die Philosophie im Proletariat ihre *materiellen*, so findet das Proletariat in der Philosophie seine *geistigen* Waffen“ (ebenda, S. 390 f.).

Die Möglichkeiten der Politik sollten an ihren stärksten Vertretern überprüft werden. Habe etwa der Konvent von 1792 bis 1794 mit seinen Anordnungen die Aufhebung des Pauperismus erreicht, schrieb er am 31.7.1844 an Arnold Ruge: „Der Konvent aber war das *Maximum der politischen Energie*, der *politischen Macht* und des *politischen Verstandes*. ...

Je einseitiger, das heißt also, je vollendeter der *politische* Verstand ist, um so mehr glaubt er an die *Allmacht* des politischen Willens, um so blinder ist er gegen die *natürlichen* und *geistigen Schranken* des Willens, um so unfähiger ist er also, die Quelle sozialer Gebrechen zu entdecken“ (ebenda, S. 400, 402). Der Sozialismus bedürfe des politischen Aktes der Revolution, „soweit er der *Zerstörung* und der *Auflösung* bedarf“. Wo aber die organisierende Tätigkeit des Sozialismus beginnt, „da schleudert der Sozialismus die *politische* Hülle weg“ (ebenda, S. 409). Sein Hauptanliegen war es jetzt, die Grenzen der Politik deutlich zu machen. Und wer kann gerade gegenwärtig das Marxsche Diktum bestreiten: „Der *Staat* wird nie im *Staat* und der *Einrichtung der Gesellschaft* ... den Grund *sozialer Gebrechen* finden“ sowie seine folgende Beobachtung: „Wo es politische Parteien gibt, findet jede den Grund eines *jeden* Übels darin, daß statt ihrer ihr Widerpart sich am *Staatsruder* befindet“ (ebenda, S. 401).

Marx trug eine Woge. Dennoch ist der ungeheure Wagemut zu bewundern, mit dem er seine extremen theoretischen Schlußfolgerungen zog. Kann man hier schon von einer neuen Wissenschaft sprechen? Ich meine Nein. Es waren bis jetzt nur Skizzen einer neuen Weltsicht.

2. Naturgesetzlicher Gesamtprozeß und sein Januskopf. Die in letzter Instanz bestimmenden ökonomischen Notwendigkeiten (Engels an W. Borgius im Januar 1894, MEW 39, S. 206) mußten untersucht werden, um der politischen Theorie ein Fundament zu geben. Es wurde gleichzeitig die Struktur des Kapitalismus (vor allem von Marx) und – notwendig nur partiell – die frühere Geschichte unter diesem Ansatz untersucht (vor allem von Engels).

Kern der Darstellung der kapitalistischen Produktionsweise war die schrittweise Aufdeckung der „Naturgesetzlichkeit“ ihrer Entwicklung. Von ihr war erstmalig bei Engels in den „Umrissen zu einer Kritik der Nationalökonomie“ von 1843/44 die Rede. Es sei das Gesetz der Konkurrenz, daß Nachfrage und Angebot einander stets und deshalb nie ergänzten. „Dies Gesetz“, so erklärte er höhnisch, „mit seiner steten Ausgleichung, wo was hier verloren, dort wieder gewonnen wird, findet der Ökonom wunderschön. ...Und doch liegt auf der Hand, dass dies Gesetz ein reines Naturgesetz, kein Gesetz des Geistes ist. ... Es ist eben ein Naturgesetz, das auf der Bewußtlosigkeit der Beteiligten beruht“ (MEW 1, S. 514 f.). Marx hat die Gedanken dieser „genialen Skizze“ (1859, MEW 13, S. 10) 1867 im ersten Band des Kapital ausdrücklich wieder aufgenommen. Die für das jeweilige Produkt „notwendige gesellschaftliche Arbeitszeit“ setze sich in den Austauschverhältnissen „als regelndes Naturgesetz gewaltsam“ durch, „wie etwa das Gesetz der Schwere, wenn einem das Haus über dem Kopf zusammen purzelt“ (MEW 23, S. 89). Das gilt auch für die Ware Arbeitskraft, deren Wert durch die Kosten für die Erhaltung ihres Besitzers bestimmt wird. Dieser Austausch ist wie, Marx ironisch schreibt, „in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham“.

Formell herrscht die Gerechtigkeit, nämlich die des Austauschs gleicher Werte. Das Bedrohliche geschieht dann jenseits der Zirkulationssphäre, aber durch sie vorbereitet.

Die Tatsache, daß die Arbeitskraft mehr Wert schaffe, als sie kostet, sei „ein besonderes Glück für den Käufer, aber durchaus kein Unrecht gegen den Verkäufer“ (ebenda, S. 189–191, S. 208).

Engels hatte dieser Ökonomie eine andere gegenüber gestellt, in der die Produktion bewußt organisiert wird. „Produziert mit Bewußtsein – rief er den

Produzenten zu –, als Menschen, nicht als zersplitterte Atome ohne Gattungsbewußtsein, und ihr seid über alle diese künstlichen und unhaltbaren Gegensätze hinaus“. Die „gedankenlose, der Herrschaft des Zufalls überlassene Art zu produzieren“ werde immer schlimmere Handelskrisen und schließlich eine soziale Revolution herbeiführen (MEW 1, S. 515).

Wenn hier von Naturgesetzen die Rede ist, so sind nicht buchstäblich Gesetze der Natur gemeint, sondern gesellschaftliche Gesetze, die allerdings wie Naturgesetze wirken, sich hinter dem Rücken der Menschen durchsetzen. Die „naturgesetzlichen“ Prozesse des Kapitalismus bringen in höchst widersprüchlicher Form erst die Voraussetzungen der neuen Gesellschaft hervor, vor allem eine große Steigerung der Produktivkraft. Sonst werde „nur der *Mangel* verallgemeinert, also mit der *Notdurft* auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen“ (MEW 3, S. 34–36).

Marx und Engels schildern diese Prozesse in ihrer Unausweichlichkeit. Sie legen größten Wert darauf, nicht Betrug und Bösartigkeit, die alle diese Entwicklungen natürlich begleitet haben, zur Grundlage der Argumentation zu machen. Diese Gesetze sind objektiv, solange das Privateigentum herrscht. Deshalb appellierte Marx auch keineswegs gegen diese Gesetze an die Adresse der bürgerlichen Moral.

Der „naturgesetzliche“ Gesamtprozeß wird notwendig in seiner äußeren Form „verkehrt“ wahrgenommen. Selbst die wirklichen Produktionsagenten – Kapitalisten wie Arbeiter – fühlten sich „in diesen entfremdeten und irrationalen Formen ... völlig zu Hause ..., denn es sind eben die Gestaltungen des Scheins, in welchen sie sich bewegen und womit sie täglich zu tun haben“ (MEW 25, S. 838). Dieses Denken spiegelt auch Realität wider, freilich nicht die gesamte Realität. Die Form ist verkehrt, aber nicht nur verkehrt. Sie ist auch etwas Reales. Die theoretische Überwindung der entfremdeten Form sollte der Marxismus leisten. Ihre wirkliche Überwindung aber liegt in der Beseitigung der diesen Formen zu Grunde liegenden Produktionsverhältnisse und des ihnen entsprechenden Bewußtseins im langen Prozeß der Revolution.

Am entschiedensten wurde diese Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise vielleicht in der Marxschen Darstellung der „Künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien“ von 1853 hervorgehoben. Er sprach England die doppelte Mission der „Zerstörung der alten asiatischen Gesellschaftsordnung“ und der „Schaffung der materiellen Grundlagen einer westlichen Gesellschaftsordnung in Asien“ zu. Das brächte zugleich ungeheures Elend mit sich. Aber, so fragte Marx, hat die Bourgeoisie „je einen

Fortschritt zuwege gebracht, ohne Individuen wie ganze Völker durch Blut und Schmutz, durch Elend und Erniedrigung zu schleifen?“. Erst nach der großen Revolution werde „der menschliche Fortschritt nicht mehr jenem scheußlichen heidnischen Götzen gleichen, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte“ (MEW 9, S. 221–226).

Diesem Bild möchte ich das Bild jenes römischen Gottes am Janustor an die Seite stellen, dessen Doppelantlitz Frieden und Krieg symbolisierte. Dieses Doppelantlitz also, zivilisatorischen Fortschritt und Barbarei gleichermaßen verkörpernd, wird von Marx dem Kapitalismus zugeschrieben. Die Aufdeckung der bis an den Grund gehenden Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise ist meilenweit von jeglichem unkritischen Geschichtsoptimismus entfernt. Sie ist aber zugleich ein Appell, alle Kraft an ihre Überwindung zu setzen, wenn die Barbarei überhand nimmt. Hat dieser „naturgesetzliche“ Gesamtprozeß keine inneren Bremsen, die ihn korrigieren, dann mußte die Frage nach der Form und dem Subjekt des Eingriffs gestellt und beantwortet werden, war der Raum der Politik erneut zu bestimmen.

3. Raum der Politik und der Streit der Schüler. Im Kommunistischen Manifest sprachen Marx und Engels von der Notwendigkeit der „Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse“, von der „Erkämpfung der Demokratie“ (MEW 4, S. 481). Unter dem Eindruck des Versagens der Parlamente forderte er eine „energische Diktatur“ (MEW 5, S. 402), nach dem gewaltsamen Triumph der Konterrevolution in Wien den „revolutionären Terrorismus“ (ebenda, S. 457), wenig später die Klassendiktatur des Proletariats als Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede (MEW 7, S. 89).

In den sechziger Jahren gewann Ferdinand Lassalle wesentlichen Einfluß auf die sich in Deutschland herausbildende Arbeiterbewegung. Er verlangte vom Leipziger Arbeiterverein: „Blicken Sie nicht nach rechts und links, seien Sie taub für alles, was nicht allgemeines und direktes Wahlrecht heißt oder damit in Zusammenhang steht und dazu führen kann!“² Marx und Engels waren in ihrer Lassallekritik sicher auch von Konkurrenzgefühlen gegenüber dem erfolgreichen Lassalle bestimmt. Ihr Mißtrauen gegenüber einer nur auf den zeitweisen persönlichen Erfolg gerichteten Politik ohne theoretisches Fundament erwies sich aber als berechtigt.

2 F. Lassalle, Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig, in: F. Lassalle Reden und Schriften, Leipzig 1987, S. 261.

Der nächste grundlegende Schritt in der Fortentwicklung des Marxschen politischen Denkens erfolgte als Verallgemeinerung der Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871.

Für Marx war sie das welthistorische Experiment, das die Richtigkeit seiner Theorie bestätigte. Es war möglich, eine Ordnung ohne die alte bürokratisch-militärische Maschinerie zu gestalten. Die Kommunalverfassung würde „dem gesellschaftlichen Körper alle die Kräfte zurückgegeben haben, die bisher der Schmarotzerauswuchs ‚Staat‘, der von der Gesellschaft sich nährt und ihre freie Bewegung hemmt, aufgezehrt hat“ (MEW 17, S. 341). Marx hat das Gesamtgebäude dieses Entwurfs der neuen politischen Ordnung ohne Staat auf einem unsicheren Grund errichtet: den einmalig günstigen Umständen und der nur 72tägigen Praxis.

Auf andere Weise berief sich Michail Alexandrowitsch Bakunin auf das Vorbild der Kommune. Engels faßte am 24. Januar 1872 die theoretischen Meinungsverschiedenheiten zusammen: Wir seien der Ansicht, dass der Staat eine Organisation der Grundbesitzer und Kapitalisten sei, Bakunin dagegen behauptet, der Staat habe das Kapital geschaffen, sei mithin das Hauptübel. „Da also der Staat das Hauptübel sei, so müsse man vor allem den Staat abschaffen, dann gehe das Kapital von selbst zum Teufel, während wir umgekehrt sagen: schafft das Kapital ab, so fällt der Staat von selbst“ (MEW 33, S.388.). Diese Gegenbehauptung ist inzwischen eindeutig widerlegt.

1875 forderte Engels in einem Brief an August Bebel, man sollte „das ganze Gerede vom Staat fallen lassen, besonders seit der Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war (MEW 19, S. 6 f.). Im „Anti-Dühring“ von 1878 schließlich ist vom Absterben des Staates die Rede (MEW 20, S. 262). Im Grunde war das Anliegen von Marx und Engels jetzt nicht so sehr, die sich verändernde Gesellschaft zu analysieren, sondern ihr Theoriegebäude zur Überzeugung jedenfalls der führenden Sozialdemokraten und eines möglichst großen Teils der Mitgliedschaft zu machen, und das erforderte die Verteidigung von Grundthesen und auch eine bestimmte Vereinfachung.

Je mehr Erfolge die Bewegung erreichte, desto mehr stellte sich die Frage, ob es nicht bereits vor der Revolution möglich und notwendig war, Änderungen durchzusetzen. Marx hatte diese Möglichkeit vor allem im Zusammenhang mit der staatlichen Fabrikgesetzgebung gesehen. Im 1. Band des Kapital schloß Marx das Kapitel über den Arbeitstag mit den Worten: „Zum Schutz‘ gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges

gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen. An die Stelle des prunkvollen Katalogs der ‚unveräußerlichen Menschenrechte‘ tritt die bescheidene Magna Charta eines gesetzlich beschränkten Arbeitstags“ (MEW 23, S. 320). Die Aktualität dieser Position liegt auf der Hand.

Dem „naturgesetzlichen“ Gesamtprozeß des Kapitalismus kann kein zweiter entsprechender politischer Prozeß an die Seite gestellt werden. Die politischen Auseinandersetzungen sind abgeleiteter Natur, hier ist viel mehr Zufälligkeit am Werke, hängt viel mehr von subjektiven Faktoren, selbst von einzelnen Persönlichkeiten ab. Das gilt auch für den Kampf der Arbeiterbewegung im Kapitalismus und vor allem auch für den revolutionären Ausbruch aus dem „naturgesetzlichen“ Gesamtprozeß.

Nach dem Tode von Engels, dem Wegfall seiner unbestrittenen Autorität, setzte bald der Streit der Schüler ein. Eduard Bernstein stellte die ökonomischen Analysen des Erfurter Programms in Frage und postulierte die Milderung des Klassenkampfes, die ständige Entfaltung der Demokratie.³ Karl Kautsky verteidigte die im Erfurter Programm postulierte Naturnotwendigkeit des Unterganges des Kleinbetriebes, erklärte die Naturnotwendigkeit des Sieges des Großbetriebes, der Zunahme des Proletariats, des Zusammenbruchs der bestehenden Ordnung und des Sieges des Proletariats.⁴ Rosa Luxemburg leitete aus Weltpolitik und Militarismus den Niedergang der Demokratie ab, wandte sich gegen die Regierungsbeteiligung, weil sie grundsätzliche Opposition unmöglich mache und sah im Krieg den Rückfall in die Barbarei (R. Luxemburg, Gesammelte Werke, Berlin 1974 ff.; hinfort zitiert als LuW Bd. 1/1, S. 423-425, 484; 4, S. 61f.). W.I. Lenin schließlicb beteiligte sich bis 1914 nicht an der Auseinandersetzung mit Kautsky, charakterisierte dann den Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, den von ihm hervorgebrachten Krieg als Vorstufe der Revolution (W. I. Lenin, Werke, Berlin 1955 ff.; hinfort zitiert als LeW 22, S. 270 f.).

Bernstein, Kautsky, Luxemburg und Lenin standen für verschiedene Richtungen. Es ging um das Verständnis der grundlegenden Veränderungen, um eine neue Praxis, neue Theorie, neue Begriffe. Dabei beriefen sich alle auf Marx und Engels, interpretierten sie, gebrauchten und auch mißbrauchten sie

3 E. Bernstein, Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgabe der Sozialdemokratie, 2. Auflage Berlin 1921, S. 5-10.

4 K. Kautsky, Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil erläutert, Nachdruck der 17. Auflage von 1922, Berlin, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 102, 219.

deren Formulierungen. Dennoch waren es noch Streitigkeiten auf einem gemeinsamen Terrain, gab es angestregtes Nachdenken über die Analyse der Gegenwart. Solange um Analyse gestritten wurde, war Hoffnung. Bald wurden die Auseinandersetzungen schärfer, wurden sie zu politischen, staatlichen Konflikten.

4. Der große Ausbruch. Den Ausgangspunkt für das Verständnis des „großen Ausbruchs“ aus dem „naturgesetzlichen“ Gesamtprozeß des Kapitalismus bildet die Veränderung der Welt durch den Krieg von 1914–1918. Das ungeheure Gemetzel zerstörte Hemmungen der Zivilisation. Es trug dazu bei, „den Krieg und ebenso die Politik zu brutalisieren“, schrieb Eric Hobsbawm. In einem Vortrag über das Anwachsen der Barbarei im 20. Jahrhundert ging er davon aus, daß „der Abstieg in die Barbarei mit dem ersten Weltkrieg begonnen“ hatte⁵. Ich meine, daß diejenigen im Recht sind, die mit Hobsbawm den Beginn der neuen Epoche auf den Ausbruch des ersten Weltkriegs datieren.⁶ Der Verlauf der Ereignisse, die Bereitschaft, eine Gesellschaft gewaltsam zu beseitigen, die derart Ungeheuerliches zu verantworten hatte, dem Krieg den Bürgerkrieg zu erklären, auch die Härte, in der die Auseinandersetzungen vornehmlich in Rußland und der Sowjetunion geführt wurden, sind ohne den ersten Weltkrieg, der eine ganze Generation prägte, nicht zu erklären.

Lenin sah in Rußland die Möglichkeit, dem Krieg durch Revolution ein Ende zu machen. Nach dem Sieg der Februarrevolution nahm er in den „Aprilthesen“, die er unmittelbar nach seiner Ankunft in Rußland verkündete (LeW 24, S. 5–6), und dann in „Staat und Revolution“ vom August 1917 das Projekt der Kommune als Revolutionsprogramm voll auf. „Staat und Revolution“ war von innerer Widersprüchlichkeit gekennzeichnet. Auf der einen Seite sollte ein „Kommunestaat“, ein Staat, der eigentlich schon kein Staat mehr ist, geschaffen werden (LeW 25, S. 430–432, 454), auf der anderen Seite sollte bürgerliches Recht bestehen bleiben (ebenda S. 481, 485), auch war vom staatskapitalistischen Monopol (ebenda, S. 369), von der Gesellschaft als einem Büro und einer Fabrik die Rede (ebenda, S. 488). Je näher die Stunde der Machtergreifung heranrückte, desto mehr Aufgaben wurden vom Realisten Lenin dem „Kommunestaat“ übertragen, drohten sie das Projekt der Kommune zu sprengen.

5 Das Zeitalter der Extreme, München Wien 1995, S. 43. Derselbe, Wieviel Geschichte braucht die Zukunft?, München Wien 1998, S. 321.

6 E. Hobsbawm, Das Zeitalter, a.a.O., S. 20.

Am 7. November 1917 wurde die provisorische Regierung gestürzt. Der Kommunistenstaat schien mit den Sowjets Wirklichkeit geworden. Sehr schnell aber entwickelte sich die Notwendigkeit der Schaffung eines eigenen Apparates der neuen Macht. Die Konstituierende Versammlung verweigerte Frieden und Bodenverteilung. Sie fand bei ihrer Auflösung am 6.1.1918 „keine Verteidiger.“⁷ Nach dem Ausscheiden der linken Sozialrevolutionäre war aus der fast unblutigen Machtergreifung die Errichtung der Macht einer einzigen Partei geworden.

Unmittelbar nach dem Brester Frieden mit Deutschland vom 3. März 1918 begann, unterstützt von der Entente, ein verheerender Bürgerkrieg. Weißer und Roter Terror standen gegeneinander. Fragen der Demokratie waren für Lenin in dieser Situation absolut zweitrangig. Dieser Widerspruch war es, der Rosa Luxemburg zutiefst beunruhigte. Ihre Kritik erfolgte nicht in schulmeisterlicher westeuropäischer Besserwisseri und ging von der Bejahung der Oktoberrevolution aus. Der Kern war die Auseinandersetzung mit der Beschränkung der Demokratie, voran die Auflösung der Nationalversammlung. Es hieß aber, von Lenin und dessen Genossen Übermenschliches zu verlangen, ihnen zuzumuten, unter solchen Umständen die schönste Demokratie hervorzuzaubern. „Das Gefährliche beginnt dort, wo sie aus der Not eine Tugend machen“ und ihre Taktik dem internationalen Proletariat als Muster empfehlen (LuW 4, S.353 f., 362–364).

Der Bürgerkrieg war von einer umfassenden Zentralisierung der Macht begleitet. Dieses System wurde als Kriegskommunismus bezeichnet. Mit dem Abschluss des Krieges Ende 1920 war klar, dass der Weg des Kriegskommunismus erschöpft war. Der „naturgesetzliche“ Gesamtprozeß war nicht beendet, nicht in der Welt und auch nicht in Rußland. Es ging nicht ohne Waren, nicht ohne Geld und auch nicht ohne Kapital. Lenin verkündete die Wende, die letzte seines Lebens, am 8.3.1921 von der Tribüne des X. Parteitag der KPR(B): „Solange wir die Bauernschaft nicht umgemodelt haben, solange die große Maschine sie nicht umgemodelt hat, muß ihr die Möglichkeit gesichert werden, frei zu wirtschaften“ (LeW 32, S.188). Noch grundsätzlicher sprach er ein Jahr später, den Wettbewerb nach außen und im Innern zusammenfassend, von einem Examen, „das der russische und internationale Markt veranstalten wird, dem wir unterworfen sind, mit dem wir verbunden sind, von dem wir uns nicht losreißen können“ (LeW 33, S. 263). Änderungen im politischen System, im Recht waren unabdingbar. 1924 formierte sich aller-

7 M. Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 1917–1991, München 1998, S. 130–132.

dings bereits eine Gegenrichtung, die das ökonomische Gesamtkonzept der NÖP nicht akzeptierte (Trotzki). Preobraschenski sprach sogar vom Gesetz der sozialistischen ursprünglichen Akkumulation.

Die Furcht vor einer neuen Intervention wuchs. Schließlich war die letzte Intervention keine zehn Jahre her und kaum mehr als 10 Jahre vergingen noch bis zur Intervention Hitlers.

Ein gewaltiges Industrieprogramm auf der einen Seite, die Kollektivierung der Landwirtschaft auf der anderen Seite, das alles war in dem geforderten Tempo nicht zu bewältigen ohne Massenrepressalien, ohne Terror, ohne Beseitigung alles dessen, was die NÖP an vorsichtigen Schritten an Demokratie und Gesetzlichkeit gebracht hatte. Manfred Hildermeier geht von etwa 530 000–600 000 Todesopfern der Kulakenverfolgung aus.⁸

Zur zentralen Antriebskraft wurde mit dem Ende der NÖP 1928/29 der Partei- und Staatsapparat, der gleichsam die Antriebsfunktion des Marktes übernahm. Unter den Bedingungen des Einparteiensystems war Demokratie in dieser Partei die letzte Sicherung. Nach der Verhaftung Bucharins und Rykows im Januar 1937 gab es selbst für ZK- und Politbüromitglieder keinen Schutz mehr durch ihre eigenen Gremien.⁹ Die unermessliche Macht des Generalsekretärs und damit Stalinscher Grobheit (Lenins „Testament“, LeW 36, S. 579 f.) konnten zur Quelle unermesslicher Barbarei werden. Eine Serie von Schauprozessen mit Todesurteilen und eine umfassende Kampagne im ganzen Land gegen ihre wirklichen oder angeblichen Anhänger folgten.

Diese Entwicklung wirkte sich verheerend auf die offizielle Theorie aus. Es hätte jetzt einer realistischen Theorie bedurft, die die Widersprüche der neuen Gesellschaft aufdeckte,

Notmaßnahmen als solche kennzeichnete und die Möglichkeit bot für die Auseinandersetzung mit den Exzessen, den Überschreitungen des Unvermeidlichen. Am gefährlichsten waren die theoretischen Schlußfolgerungen, mit denen die maximale Verschärfung des Tempos und die Massenrepressalien begründet, ja in den Rang einer Gesetzmäßigkeit erhoben werden sollten. Den Hoffnungen auf eine Beruhigung hielt Stalin 1933 entgegen: „Die Aufhebung der Klassen wird nicht durch das Erlöschen des Klassenkampfes, sondern durch seine Verstärkung erreicht. Das Absterben des Staates wird nicht durch Abschwächung der Staatsmacht kommen, sondern durch ihre maximale Verstärkung, die notwendig ist, um die Überreste der sterbenden Klassen

8 M. Hildermeier, a.a.O., S. 398.

9 R. Medwedew, *Das Urteil der Geschichte*, Bd. 3, Berlin 1992, S. 154, 52 f.

zu vernichten und die Verteidigung gegen die kapitalistische Umkreisung zu sichern“.¹⁰ Die Diskussion um die Richtigkeit oder Falschheit von Analysen war von der Entgegensetzung „unserer“ und feindlicher Schlußfolgerungen abgelöst worden.

Das von Stalin bis 1953 gestaltete und repräsentierte politische System wird als Stalinismus bezeichnet. Es beruhte auf dem nichtkapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln und bildete die zentrale Antriebskraft des sozialistischen Ausbruchs aus dem naturgesetzlichen Gesamtprozeß des Kapitalismus. Es wuchs aus der 1917 errichteten sozialistischen Erziehungsdiktatur heraus und trug, geprägt von den spezifischen Bedingungen der russischen Geschichte und des Aufbaus des Sozialismus in einem dafür nicht reifen Lande und unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung, der Kriegsdrohung, viele darüber hinausgehende exzessiv diktatorische, ja barbarische Züge.

Die Oktoberrevolution hatte in allen kriegführenden Ländern ein ungeheures Echo ausgelöst.

Anfang März 1919 tagte die erste Konferenz der streng zentralistisch organisierten Kommunistischen Internationale mit 34 Delegierten, ein Jahre später, im Juli/August 1920 waren es bereits 217 Delegierte von 67 Organisationen aus 37 Ländern.

Der bedeutendste theoretische Beitrag von einem führenden Vertreter der Kommunistischen Parteien des „Westens“ stammte von Antonio Gramsci, der von 1926 bis zu seiner Inhaftierung 1928 Generalsekretär der italienischen Partei war. Es waren im Grunde zwei Hauptgedanken, die sein Werk durchzogen (A. Gramsci, Kritische Gesamtausgabe, Hamburg 1991 ff.): der Kampf gegen den Ökonomismus und dessen Leugnung der relativen Eigenständigkeit politischer Kämpfe und der grundlegende Unterschied der russischen und der westeuropäischen Bedingungen für eine sozialistische Revolution. In einer Auseinandersetzung mit Trotzki's Konzeption des Exports der Revolution verwandte er das berühmt gewordene Bild vom Bewegungskrieg (in Rußland), dem er den Stellungskrieg (im Westen) auf dem Feld der Zivilgesellschaft gegenüberstellte (ebenda, Bd. 4, S. 873 f.). Daraus ergab sich auch seine Konzeption zu Hegemonie und Bündnis: Die Suprematie einer gesellschaftlichen Gruppe (d.h. Klasse U.-J. H.) äußere sich auf zweierlei Weise, „als ‚Herrschaft‘ und als ‚intellektuelle und moralische Führung‘. Eine gesellschaftliche Gruppe ist herrschend gegenüber den geg-

10 J. Stalin, Fragen des Leninismus, Moskau 1947, S. 477.

nerischen Gruppen, die sie ‚auszuschalten‘ oder auch mit Waffengewalt zu unterwerfen trachtet, und sie ist führend gegenüber den verwandten und verbündeten Gruppen. Eine gesellschaftliche Gruppe muß sogar bereits führend sein, bevor sie die Regierungsmacht erobert“ (ebenda, Bd. 8, S. 1947).

In Deutschland hatte die herrschende Klasse im Bündnis mit der Mehrheitssozialdemokratie ihre Macht wiederhergestellt. Dafür war sie zu erheblichen sozialen Konzessionen bereit, vom Achtstundentag bis zur rechtlichen Anerkennung der Tarifverträge. Die SPD wurde zur Regierungspartei. Ähnliches galt für eine Reihe weiterer Länder. Das widersprüchliche Ergebnis war eine Demokratisierung der politischen Ordnung in einer Reihe von Ländern bei gleichzeitiger Stabilisierung der Herrschaft des Kapitals.

In der Sowjetunion wurde die marxistische Theorie mehr und mehr instrumentalisiert zur Rechtfertigung der Staatspolitik. Im Westen war sie, wie Abendroth zur SPD feststellte, immer stärker „(mindestens für *Parteiführung* und *Parteiapparat*) nicht nur zu einer falschen Integrationsideologie abgesunken, sondern fast in eine jeweils instrumental zu verwendende Verhüllungsterminologie verwandelt worden“.¹¹

5. *Neuer Anlauf und Ende.* Im Gefolge des zweiten Weltkrieges und des mächtigen Aufschwungs des Antifaschismus ergab sich eine neue Möglichkeit für den Sozialismus.

Viele Kommunisten sahen jetzt die Möglichkeit und Notwendigkeit, einen anderen Weg als die Sowjetunion zu gehen. Ansatzpunkt dabei war die Selbstkritik der Kommunistischen Weltbewegung Mitte der dreißiger Jahre auf dem am 25. Juli 1935 in Moskau eröffneten VII. und letzten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale vor allem in den Reden Georgi Dimitroffs und Palmiro Togliattis. Die Analyse war – abgesehen von der andauernden Apologie der Verhältnisse in der Sowjetunion – von marxistischer Qualität.

Der Weg zum Sozialismus in Osteuropa nach 1945 war durch mehrere Faktoren bestimmt. Zu ihnen gehörte die Neuorientierung der Kommunisten ebenso wie Schlußfolgerungen von Sozialdemokraten, die gemeinsame Orientierung der Mächte der Anti-Hitlerkoalition und schließlich die sowjetische Besetzung. Diese „volksdemokratische Revolution“ bot größere Möglichkeiten für den Ausbau der Demokratie als der Weg der Oktoberrevolution. Die Akzeptanz von Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie erwies sich

11 W. Abendroth, *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie*, vierte erweiterte Auflage, Köln 1978, S. 63.

als sinnvoll, nicht nur als Kompromiß. Auch für Deutscher spricht manches dafür, daß Stalin diesen Weg ernst nahm.¹² Allerdings war er notwendig verbunden mit dem Fortbestand der Anti-Hitlerkoalition.

Offenbar aber waren die USA entschlossen, ihre Vormachtstellung im Ergebnis des 2. Weltkrieges für eine Pax americana zu nutzen. Charakteristisch für die Wendung in den USA waren die Fultonrede Winston Churchills und dann die Verkündung der Truman-Doktrin im März 1947. Die Sowjetunion reagierte mit einer Verschärfung des Kurses. Im Juni 1948 begann die Auseinandersetzung mit Jugoslawien. Im Gefolge der Auseinandersetzung mit der „faschistischen Tito-Clique“ wiederholte sich die justitielle Ermordung führender Kommunisten begleitet von umfassenden Verfolgungen. Auch die früheren theoretischen Positionen wurden mit der entschiedenen Betonung gemeinsamer verbindlicher Gesetzmäßigkeiten korrigiert.

Eine grundsätzliche Debatte begann mit dem XX. Parteitag der KPdSU vom 14.–25. Februar 1956. Dieser Parteitag löste eine ungeheure Bewegung in den sozialistischen Ländern und den kommunistischen Parteien in aller Welt aus. Eine ganze Reihe bisher für unzweifelhaft angesehener Thesen kam ins Wanken. Das betraf u.a. eine „verhängnisvolle Unvermeidlichkeit der Kriege“ und die Formen des Übergangs zum Sozialismus auch ohne Bürgerkrieg.¹³ Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit aller stand die Auseinandersetzung mit Stalin.

Der Umfang der in einer nicht veröffentlichten Rede Nikita Sergejewitsch Chruschtschows¹⁴ detailliert eingestandenen Verbrechen löste Diskussionen aus zu den Ursachen, zur Verantwortung anderer und zu systemimmanenten Voraussetzungen. Eine Antwort auf diese Fragestellungen wurde in dem am 3. Juli im Neuen Deutschland veröffentlichten „Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen“ versucht. Stalin wurde nach wie vor als dem Marxismus-Leninismus ergebener „Theoretiker und bedeutender Organisator“ bezeichnet. Seine Formel aber, daß der Klassenkampf sich immer mehr verschärfe, sei falsch. Trotz der Massenrepressalien und allen angerichteten schweren Schadens hätte der Personenkult allerdings, und das war dann die Kernthese, „die Natur unserer Gesellschaftsordnung nicht ändern können“. Falsch sei es deshalb, wenn Palmiro Togliatti, „die Frage aufwirft, ob nicht die Sowjetgesellschaft ‚zu ei-

12 I. Deutscher, Stalin, Berlin 1990, S. 687 f.

13 N. S. Chruschtschow, Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag, Berlin 1956, S. 43, 45.

14 Die Geheimrede Chruschtschows, Berlin 1990, S. 14–16, 31.

nigen Formen der Entartung' gelangt" sei. Unter den damaligen Bedingungen, gegenüber einem so festgefügt ideologischen System, wie es unter Stalin entstanden war, war ungeachtet der Kompromisse Chruschtschows diese Summe an Korrekturen insgesamt ein wirklicher Umbruch. Das zeigten ja auch die Entwicklungen in Polen und Ungarn. Von den Intellektuellen erhob wiederum Georg Lukács seine Stimme gegen den Dogmatismus.¹⁵ Ernst Bloch forderte eine Erneuerung des Marxismus.¹⁶ In den fünfziger und sechziger Jahren trat Jean-Paul Sartre als Kritiker und „Ergänzer“ des Marxismus auf.¹⁷ Der polnische Philosoph Adam Schaff setzte sich 1962 mit Sartre auseinander und stellte zugleich eine marxistische Philosophie des Menschen vor.¹⁸

Der illegale Kampf der Sozialdemokraten gegen Hitler begann fast überall mit einer Rückbesinnung auf die marxistischen Wurzeln der Bewegung. Mit der Festigung der bürgerlichen Ordnung, der Vertiefung des „kalten Krieges“, dem Ausbau des Sozialstaates, verlor jedoch der marxistische Flügel in den sozialdemokratischen Parteien an Gewicht. Eric Hobsbawm hat in seiner Analyse des „Goldenen Zeitalters“ von den fünfziger Jahren bis zur Mitte der siebziger Jahre auf den außergewöhnlichen Charakter dieser Ära hingewiesen.¹⁹ In den fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten Europas hätte sich eine technologische Revolution und gleichzeitig die Vollbeschäftigung und mit ihr eine enorm gestiegene Massennachfrage durchgesetzt (ebenda, S. 339). Diese Entwicklung spiegelte sich früh besonders deutlich im Godesberger Programm der SPD von 1959 wider. „Das Programm ersetzt konkrete soziale Analyse und konkrete Zielsetzung durch den Appell an ‚Werte‘ und Formeln, die jeweils beliebig ausgelegt werden können“.²⁰ Es ging um einen „Paradigmawechsel vom Wissenschaftlichen Sozialismus zum grundwerteorientierten und revisionistisch-reformistischen Sozialismuskonzept“ (Thomas Meyer).²¹

Die letzte Chance für eine radikale Reform in den sozialistischen Ländern gab es in den sechziger Jahren. Vor allem in der DDR, der ČSSR und der Volksrepublik Ungarn wurden Reformvorhaben in Angriff genommen. In der

15 G. Lukács, Der Kampf des Fortschritts und der Reaktion in der heutigen Kultur, in: Aufbau, September 1956.

16 E. Bloch, Freiheit, ihre Schichtung und ihr Verhältnis zur Wahrheit, in: Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus, Berlin 1956, S. 33.

17 J.-P. Sartre, Marxismus und Existentialismus, Reinbek bei Hamburg 1964.

18 A. Schaff, Marx oder Sartre, Berlin 1965.

19 E. Hobsbawm, Das Zeitalter, a.a.O., S. 325.

20 W. Abendroth, a.a.O., S. 74.

21 T. Meyer (Hrsg.), Grundwerte und Gesellschaftsreform, Frankfurt am Main 1981, S. 187.

DDR wurde der Übergang zum „Neuen Ökonomischen System (NÖS)“ im Januar 1963 durch den VI. Parteitag der SED eingeleitet. Walter Ulbricht formulierte: „Alles was der Gesellschaft nützt, muß auch für den Betrieb und für den einzelnen vorteilhaft sein“.²² Noch einmal stellte sich die Frage wie einst zur Zeit des Übergangs zur NÖP: Wieweit dürfen, ja müssen wir die „Naturgesetzmäßigkeiten“ des Marktes wirken lassen? Der Abbruch des NÖS nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in die ČSSR war dem Unwillen geschuldet, Macht abzugeben, einen ungewissen Weg der Ökonomisierung und Demokratisierung der Leitung zu gehen, unterstützt durch den Rückhalt, den die Gegner solcher Veränderungen in der UdSSR fanden.

Die kritischen Stimmen verstummten nicht. Togliatti schrieb 1964 in einem Memorandum für ein Gespräch mit Chruschtschow: Allgemein werde „das Problem der Ursachen des Kultes um Stalin sowie der Art und Weise, wie er entstehen konnte, als ungelöst betrachtet“.²³ Robert Havemann setzte sich zunächst kritisch mit der Rolle der offiziellen marxistisch-leninistischen Philosophie gegenüber den Naturwissenschaften auseinander und ging dann auf grundsätzliche Fragen der Gesellschaftstheorie ein.²⁴ Im Nachlaß des 1971 verstorbenen Lukács fand sich eine 1968 entstandene Schrift „Sozialismus und Demokratisierung“. Die echte Alternative sei demnach Stalinismus oder sozialistische Demokratie.²⁵ Die größte Wirkung löste das Buch „Die Alternative“ von Rudolf Bahro aus.²⁶ Es erschien Anfang September 1978. Die Gefahr sah Bahro im Hineinregieren des kapitalistischen „Typus von erweiterter Reproduktion“ (ebenda, S. 310). Sein Lösungsansatz war die Schaffung „einer wirklich kommunistischen Partei, eines um die Idee der allgemeinen Emanzipation vereinigten Bundes der Kommunisten“ (ebenda, S. 429). Diese Stimmen wurden nicht gehört, die notwendige Analyse nicht vorgenommen.

Unter äußerem und inneren Druck nahm die Repression in den sozialistischen Ländern ab. Tatsächlich aber war das sozialistische Weltsystem in der Defensive, technisch, ökonomisch und ideologisch. Die sozialistischen Staaten Europas hatten sich vor allem durch den Rüstungswettlauf und die Unfä-

22 W. Ulbricht, Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der SED, Berlin 1963, S. 324.

23 P. Togliatti, Memorandum zu Fragen der internationalen Arbeiterbewegung und ihrer Einheit, Jalta, August 1964, in: P. Togliatti, Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1977, S. 778.

24 R. Havemann, Dialektik ohne Dogma?, Reinbek bei Hamburg 1964.

25 G. Lukács, Sozialismus und Demokratisierung, Budapest 1985, Frankfurt (Main) 1987, S. 120.

26 R. Bahro, Die Alternative, Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Berlin 1990.

higkeit zu strukturellen Reformen immer mehr den Gesetzen des Weltmarktes untergeordnet, ohne der Konkurrenz des Westens standhalten zu können. Die Schlacht gegen den „naturgesetzlichen“ Gesamtprozeß des Kapitalismus ging damit verloren.

Ein letzter umfassender Versuch, die Grundlinie der kommunistischen Bewegung zu korrigieren, waren Bestrebungen mehrerer Parteien, die dann als Eurokommunismus zusammengefaßt wurden. Diese westeuropäischen Parteien wollten den angestrebten Sozialismus vom Begriff der Diktatur befreien und von der Alleinherrschaft der Arbeiterklasse abkoppeln.²⁷ Sie gingen schnell den Weg von kritischer Solidarität zu immer weiter gehender Distanzierung, um das Wohlwollen der regierenden Kreise des Westens als Voraussetzung einer Regierungsbeteiligung zu erreichen (ebenda, S. 215 f., 222f.). Wirklich allen gemeinsame Analysen wurden nicht mehr versucht. Es gab nur noch Kompromisse, die einen Zerfallsprozeß begleiteten. Die Strategie Michail Gorbatschows leitete einen Prozeß ein, der im Ergebnis zum Zerfall der KPdSU und der Sowjetunion führte. Er zerstörte die Partei ideologisch und setzte alles auf eine Karte, seine persönliche Stellung als Präsident der Sowjetunion, deren Auflösung durch Boris Jelzin Gorbatschows Rolle ein Ende setzte.²⁸ Mit der Auflösung der Zentrale löste sich das Weltsystem als Ganzes auf. Nachdem die Sowjetunion untergegangen und damit der Stein des Anstoßes weggefallen war, wurde die antikapitalistische Position nicht etwa verstärkt, sondern verschwand ebenfalls. Offenbar waren – bei allen schwerwiegenden Mängeln – die sozialistischen Staaten der Kristallisationskern einer antikapitalistischen Bewegung, die in ihrer damaligen Form an die Fortexistenz dieses Kerns gebunden war. Sein Ende bedeutete das Ende einer Epoche.

6. Die neue Epoche und der Imperialismus. Ob der marxistische Ansatz weiterhin von Nutzen sein kann, darüber entscheiden die Gegenwart und die Zukunft. Im dritten Abschnitt geht es deshalb darum, unsere Gegenwart mit Hilfe der Werkzeuge von Marx und Engels und ihrer Schüler zu befragen und dabei auch diese Werkzeuge auf ihren Nutzen zu prüfen. Der entscheidende Ansatzpunkt ist dabei für mich die Charakterisierung der neuen Epoche.²⁹

27 Vgl. hierzu und zum Folgenden H. Neubert, Die Hypothek des kommunistischen Erbes, Hamburg 2002, S. 200–231.

28 Vgl. zur Entwicklung der ideologischen Position M. Gorbatschows U.-J. Heuer, Im Streit Ein Jurist in zwei deutschen Staaten, Baden-Baden 2002, S. 505–507.

29 Zur zeitlichen Einordnung dieser Epoche und speziell zum Epochenbegriff vgl. U.-J. Heuer, ebenda, ab S. 461.

Die Beschreibung der drei Hauptprozesse dieser „kapitalistischen Modernisierung“ stimmt weitgehend überein:³⁰ einmal die Internationalisierungstendenzen unter dem Einfluß tiefgreifender Veränderungen der Produktivkräfte, vor allem der Fortschritte der Mikroelektronik. Zum zweiten vollzogen sich wesentliche Veränderungen der Reproduktion des Kapitals, die als Krise des Fordismus oder als Struktur- und Überakkumulationskrise der kapitalistischen Reproduktion charakterisiert werden. Im Ganzen entzieht sich das Kapital zunehmend der sozialen Verantwortung und der gesellschaftlichen Kontrolle. Drittens gewann durch den Zusammenbruch des europäischen Sozialismus der Epochenumbruch wesentlich stärkere Schwungkraft, denn die politische und ideologische Hauptgegenmacht, wie stark sie auch immer noch war, war weggefallen.

Was waren die Ursachen dieses Zusammenbruchs? In Bezug auf die DDR wurde das immer wieder im Zusammenhang mit dem Begriffspaar Revolution/ Konterrevolution diskutiert. Es wurde unablässig strittig erörtert, ob die Ursachen mehr innere (also selbstverschuldete) oder äußere gewesen seien.³¹ Sehen wir das Ganze aber als welthistorischen Prozeß, so erledigt sich diese Fragestellung. Das „sozialistische Weltssystem“ als Ganzes hat sich als schwächer als seine Gegner erwiesen. Mit dem Ende der das sozialistische System tragenden Parteien brach auch das längst ausgehöhlt dogmatische Lehrgebäude des Marxismus-Leninismus als „geschlossenes System“ mit atemberaubender Schnelligkeit zusammen. Es konnte das Ende der „führenden“ Parteien nicht überleben. Ist damit auch der Marxismus als Ideologie widerlegt? Tatsächlich zogen viele die Schlußfolgerung, daß jetzt die Stunde der reinen Wissenschaft geschlagen habe, die endlich der Dominanz der Ideologie ledig geworden sei. Das galt natürlich vor allem für diejenigen, die unter Ideologie nur „verkehrtes“ Bewußtsein verstanden.

Noch weit schärfer gingen natürlich die bürgerlichen Ideologen mit Marx ins Gericht. Das stand in engstem Zusammenhang mit dem Wiederaufleben der Totalitarismuskonzeption.³²

Das Ergebnis war bei allen: Marx ist tot, für die einen wegen seiner Verantwortung für Lenin und Stalin, für die anderen wegen seiner Bindung an

30 Vgl. J. Bischoff, H. Nick, K. Steinitz, Entwicklungsprozesse im modernen Kapitalismus und Strategie der sozialistischen Linken, in: Zeitschrift marxistische Erneuerung, 44, Dezember 2000, S. 92–99.

31 Vgl. die Materialien einer Diskussionsveranstaltung des Berliner Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung am 27. 2. 1999, „Revolution oder Impulsion?“, Berlin 1999.

32 Vgl. dazu U.-J. Heuer, a.a.O., S. 342 ff.

das 19. Jahrhundert. Es ist keine Lösung, derartigen Totalabsagen mit trotzigem Beharren zu antworten. Statt dessen ist zu fragen, was weiter brauchbar ist, um die heutige, stark veränderte Welt zu verstehen.

Im „Merkur“ wurde die neue Lage als Prozeß ohne Subjekt beschrieben. „Das ist gewissermaßen ein völlig bewußtloser Kapitalismus, der von niemandem gedacht und begriffen werden muss“.³³ Der 150. Jahrestag der Erstausgabe des Kommunistischen Manifests im Jahre 1998 brachte das deutsche Feuilleton zu einer entsprechenden, nahezu einmütigen Reaktion. Das galt für Wolfgang Engler in der Berliner Zeitung vom 21./22. Februar 1998 und für Richard Rorty in der FAZ vom 20. Februar 1998. Am entschiedensten nahm Mathias Greffrath in der ZEIT vom 5. Februar 1998 das Grundanliegen von Marx und Engels auf: die Überwindung der „Naturgesetzlichkeit“. Gerechtigkeit sei nur noch global zu haben. Jeder müsse als Gattungswesen denken, fühlen und handeln. Also muß die Erde als Gemeineigentum behandelt werden. Der Rest sei Politik. „Wie sagte Engels?“, fragte Greffrath am Schluß seiner Betrachtungen: „Produziert mit Bewußtsein, als Menschen, nicht als zersplitterte Atome ohne Gattungsbewußtsein“, und er fährt fort: „Atome aller Zellen, vereinigt Euch!“ Nie wieder war soviel Marx im Feuilleton.

Es gibt offenbar keine „natürliche Schranke“ des Kapitalismus. Der „naturgesetzliche“ Gesamtprozess geht wieder in der ganzen Welt mit voller Kraft voran. Das perpetuum mobile verschlingt erneut Menschen und Material, bringt technischen Fortschritt und gewaltiges Elend. Auf die ungeheure Gefährdung des ökologischen Gleichgewichts durch den heutigen entfesselten Kapitalismus machen wie viele andere Elmar Altwater und Brigitte Mahnkopf aufmerksam: „Kaum sind Markt und Demokratie siegreich, müssen mit ihnen Aufgaben bewältigt werden, für die sie ihre Eignung bislang noch nicht bewiesen haben und haben beweisen müssen. Nach den Gefühlen der Euphorie ist also tragisches Denken angebracht“.³⁴

Ist diese Analyse zutreffend, so schlägt wiederum die Stunde der Politik. Marx und Engels hatten das Subjekt dieser Politik benannt. Es ist offensichtlich, daß ihre Antworten so nicht mehr die Antworten von heute sein können. Aber das widerlegt keineswegs die Analyse des kapitalistischen Gesamtprozesses. Unsicherheit in Bezug auf das Subjekt einer politisch bewirkten Umkehr hebt deren Notwendigkeit nicht auf.

33 C. Koch, Im Diesseits des Kapitalismus, in: Merkur 582/583, Sept. Okt. 1997, S. 771.

34 E. Altwater, B. Mahnkopf, Grenzen der Globalisierung, Münster 1996, S. 520.

Die politische Gegenkräfte werden auch dadurch bestimmt, daß der „naturgesetzliche“ Gesamtprozeß seinerseits ebenfalls nicht ohne Politik auskommt und heute sogar eine äußerst gefährliche Verbindung von Ökonomie und Politik hervorbringt, eben in Gestalt jener unipolaren „Neuen Weltordnung“, deren Herstellung die USA seit 1990 zielbewußt betreiben und die George Bush senior nach dem Ende des Kalten Krieges zugleich mit dem amerikanischen Jahrhundert verkündete.³⁵ Kann oder soll man heute noch von Imperialismus reden und wenn ja, wie unterscheidet dieser sich vom Imperialismus der vorigen Jahrhundertwende?³⁶

Zunächst wagte nach 1990 kaum jemand, den Terminus Imperialismus zu gebrauchen. Seitdem sind über 10 Jahre vergangen, die „Neue Weltordnung“ wird inzwischen radikal in Angriff genommen. Der erste Vorbote war der am 24. April 1999 begonnene Krieg der NATO gegen Jugoslawien, mit dem zugleich die Zerstörung der mit der UN-Charta von 1945 errichteten neuen Völkerrechtsordnung begann.³⁷ Am 7. Oktober 2001 begann der Krieg gegen Afghanistan, und, da der Angriff längst vorbei war, unzweifelhaft völkerrechtswidrig. Schon damals wurde der Krieg gegen den Irak in die Planung aufgenommen. In einem Manifest von 58 amerikanischen Wissenschaftlern und Politikern wird Bush sekundiert: „Wir erkennen an, daß jeder Krieg schrecklich ist. ...Doch Vernunft und sorgfältige moralische Abwägung lehren uns auch, daß es Zeiten gibt, in denen die erste und wichtigste Antwort auf das Böse darin besteht, ihm entgegenzutreten“. In einem solchen gerechten Krieg sei es entscheidend, daß man diesen Krieg gewönne.³⁸ Das Völkerrecht kennt aus guten Gründen keinen gerechten Krieg, sondern nur den zulässigen Verteidigungs- und den verbotenen Angriffskrieg. Innenpolitisch wird all das flankiert durch einen Abbau von Rechtsstaatlichkeit, für den die Behandlung der Gefangenen auf Guantanamo nur das bekannteste Beispiel ist. Am 20. März 2003 begann der nun schon dritte völkerrechtswidrige Krieg der USA (und Großbritanniens), diesmal gegen den Irak.

35 E. Altwater, B. Mahnkopf, a.a.O., S. 429; H. Conert, Das amerikanische Imperium. Der „Krieg“ gegen den Terrorismus als Etappe der neuen Weltordnung, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 6, 2002, S. 13.

36 Zur Geschichte der Imperialismustheorie vgl. Krieg, neue Weltordnung und sozialistische Programmatik, Materialien der Konferenz des Marxistischen Forums vom 1. und 2. Juni 2002 in Berlin. Schriftenreihe Marxistisches Forum, Heft 40/41, Berlin, Juli 2002, vor allem den Beitrag von H. Heininger, Zur Geschichte der Imperialismustheorie (bis 1945).

37 Vgl. dazu U.-J. Heuer, Deutschland führt wieder Krieg, in: Zeitschrift marxistische Erneuerung, 38, Juni 1999, S. 38–52.

38 What we're fighting for. Ein Manifest amerikanischer Intellektueller vom 12. 2. 2002, in: Blätter für deutsche und internationaler Politik, 6, 2002, S. 758, 760.

Die neue Weltordnung ist der Versuch der USA, ihre ökonomische Vorherrschaft dauerhaft politisch-militärisch abzusichern und eine Pax americana nach dem Vorbild des alten Rom zu begründen, dessen Beispiel mehr und mehr in die Diskussion kommt. Das ist natürlich nicht derselbe Imperialismus wie vor 1914. Es ist eine neuartige Kombination von Konzernmacht (1999 waren von den 200 größten Konzernen der Welt 76 in den USA beheimatet),³⁹ Finanzmacht und der Macht eines einzigen Staats. Gleichzeitig wird die Souveränität vieler Staaten mehr und mehr ausgehöhlt, auch durch die Umwandlung des Staates zum Wettbewerbsstaat, der um die Ansiedlung von Konzernen konkurriert.

Es wird eine Legitimation der Kriege von guten „Demokratien“ gegen böse „Diktaturen“ postuliert und damit die formelle Gleichheit der Staaten aufgehoben. Robert Cooper erklärt das 2002 so: „Wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die raueren Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden“.⁴⁰

Für Lenin gab es 1916 die Existenz rivalisierender Imperien (LeW 39, S. 431 ff.). Heute dagegen ist vom Hegemoniestreben des USA-Imperialismus auszugehen. Mit der Legitimierung des Präventivkrieges⁴¹ wird das in der UN-Charta verankerte Völkerrecht durch die Hegemonialinteressen der USA ersetzt. Es gibt Bestrebungen einiger Staaten der EU – Kerneuropa oder nicht –, durch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auf lange Sicht eine eigenständigere Machtposition zu gewinnen. Das ist auch die Funktion des zunächst gescheiterten Entwurfs der EU-Verfassung.⁴² Im März 2003 fand eine Debatte zum Imperialismus statt, an der sowohl Horst Heininger als auch Leo Mayer teilnahmen. Für Heininger ist Imperialismus auf der Grundlage des Monopolkapitalismus „das Herrschaftstreben nach Unterordnung und Beherrschung anderer Staaten und Einflusszonen (ökonomisch und politisch)“, also an den Staat gebunden, während Leo Mayer den Begriff „transnationaler oder globaler Imperialismus“ vorzieht.⁴³ Die Entwicklung der letzten 14 Jah-

39 W. Wolf, Fusionsfieber, Köln 2000, S. 50.

40 Zitiert nach N. Paech, Interventionsimperialismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10, 2003, S. 1261.

41 Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA (vom Präsidenten am 17.9.2002 vorgelegt), in: Internationale Politik, 12, 2002, S. 118.

42 Vgl. dazu A. Wehr, Kerneuropa entsteht, in: Junge Welt vom 30.7.2003; zur Darstellung und Wertung des Entwurfs vgl. U.-J. Heuer, Wer sind die Preußen von heute?, in: Junge Welt vom 16.10.2003.

43 Pankower Vorträge, 56, Neuer Imperialismus Internationaler Kapitalismus, Berlin 2003, S. 16, 34.

re spricht eindeutig dafür, daß der heutige Imperialismus durch die US-amerikanische Hegemonie bestimmt ist, daß die gegenwärtigen Kriege genau die Funktion haben, diese Hegemonie für absehbare Zeit zu sichern. Das muß nicht heißen, daß das gelingt, aber das Ziel ist es ganz offenbar.

7. *Die Gegenkräfte.* Gibt es mittel- oder jedenfalls langfristig Chancen, das Gesicht der Epoche doch noch zu ändern, und welche politischen Kräfte können das tun? Als erstes sind die Feststellungen von Marx und Engels wieder aufzunehmen, daß dem herrschenden System auf der Ebene der Weltpolitik entgegengetreten werden muss. Der Ausbruch eines einzelnen Landes erfolgte 1917 in einer historisch einmaligen Situation.

Die Rolle des Staates muß neu bestimmt werden. Jedenfalls zwei Thesen von Marx und Engels zum Staat scheinen mir durch die Entwicklung des vorigen Jahrhunderts widerlegt. Bei der ersten These handelt es sich um das rasche Fortwerfen der politischen Hülle, um das baldige Absterben des Staates nach der siegreichen proletarischen Revolution. Der Verlauf des „großen Ausbruchs“ gab keinerlei Anhaltspunkte für die Herausbildung eines Staates „im nicht eigentlichen Sinne“. An die Stelle der vom Privateigentum hervorgerufenen Übel waren andere getreten, die mit der Übermacht des Staates verbunden waren, ohne daß seine Abschaffung in Sicht war. Insofern konnte sinnvoll nicht von Volksherrschaft gesprochen werden, sondern „nur“ von der Demokratisierung des bestehenden Staates, als Erhöhung des Einflusses des Volkes auf den „eigenen Staat“. Wir sollten uns für die absehbare Zukunft generell von dem Ziel einer Gesellschaft ohne Macht und Herrschaft verabschieden. Domenico Losurdo bezeichnete die Überlegungen von Marx und Engels zum Absterben des Staates als anfechtbar. Lenin hätte 1917 in „Staat und Revolution“ dem Vorwurf des Etatismus entgegen wollen und in der notwendigen Abrechnung mit dem Sozialchauvinismus den Marxismus auf den Anarchismus heruntergebracht.⁴⁴

Widerlegt sind zweitens die Annahme von der sich ständig verstärkenden Zentralisierung des bürgerlichen Staates und die damit verbundene Auffassung, daß es keine demokratischen Verbesserungen geben könne, die in der kommunistischen Bewegung fortwirkte, aber auch die Vorstellung von Bernstein und Kautsky und der Sozialdemokraten von der ständigen Entwicklung der Demokratie. Die Demokratisierung wurde immer wieder durch Perioden zum Teil extremer Zentralisierung abgelöst. Erst nach 1945 entwickelte sich erstmals in erheblichem Umfang dauerhaft eine auf bestimmte Integration

44 D. Losurdo, *Der Marxismus Antonio Gramscis*, Hamburg 2000, S. 95–97, 109.

zielende Staatsmacht in Gestalt der bürgerlichen repräsentativen Demokratie, zu der auch die Rechtsstaatlichkeit gehört. Das war dem Scheitern des Faschismus, den Kämpfen der linken Bewegung, der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates, aber auch der Systemkonkurrenz geschuldet.

Die letztlich entscheidende Macht des großen Eigentums ist vom Volk unabhängig. Auch in der kapitalistischen Gesellschaft herrscht nicht das Volk. Auch hier geht es um Demokratisierung. Die Skepsis in Bezug auf realen Einfluß nimmt immer mehr zu. Wirksamer Massendruck ist aber selten sichtbar. Der Wohlfahrtsstaat wird abgebaut, immer noch ist jedoch der Wohlstand in den Metropolen ungleich höher als in der 2. Welt. Die imperialistische Kriegspolitik führt heute auch in der Innenpolitik zu verschärfter Repression. Für Ralf Dahrendorf ist Globalisierung der Demokratie nicht förderlich, weil sie „dem einzigen Domizil der repräsentativen Demokratie, das bisher funktioniert hat, dem Nationalstaat, die ökonomische Grundlage“ entzieht. „Ein Jahrhundert des Autoritarismus ist keineswegs die unwahrscheinlichste Prognose für das 21. Jahrhundert“.⁴⁵

Die Entwicklung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und ihrer Freiheitsrechte im Innern ist eng verknüpft mit kolonialer Unterdrückung nach außen. Der Zynismus der damaligen und heutigen Bourgeoisie kommt gerade darin zum Ausdruck, daß sie aus den bei ihnen zu Hause bestehenden „demokratischen“ Verhältnissen das Recht ableitet, im Namen der Demokratie andere Völker auszubeuten und zu unterdrücken. Jede Opposition gegen den global aktiven Imperialismus, wenn sie ein ganzes Land erfasst und wenn sie dauerhaft bleiben soll, muß sich auf die Staatsmacht stützen. Gerade deshalb ist der Kampf gegen die „Schurkenstaaten“ ein zentraler Bestandteil der imperialistischen Strategie. Das allgemeine Wahlrecht dient dabei der eigenen Legitimation, sein Fehlen der Delegitimation des Opfers. Domenico Losurdo schreibt mit Recht zu Kuba: „Ein Sieg des Parteienpluralismus etwa in Kuba ... würde zwar die Lage von wenigen ‚Dissidenten‘ verbessern und wahrscheinlich Fortschritte in Sachen Meinungs- und Versammlungsfreiheit mit sich bringen. Doch zugleich würden die ökonomischen und sozialen Rechte und die nationalen Rechte des kubanischen Volkes liquidiert, und auf internationaler Ebene würde das Recht des Stärkeren bestätigt. Insgesamt wäre das ein verheerendes Debakel für die Sache der Demokratie“.⁴⁶

Mein Ergebnis ist, daß die geschichtliche Entwicklung des Sozialismus lehrt, die Gefahren, die von einer Übermacht des Staates ausgehen können, nicht zu unterschätzen. Andererseits ist und bleibt der Staat, neben – seltenen

45 R. Dahrendorf, An der Schwelle zum autoritären Jahrhundert, in: DIE ZEIT 14.11.1997.

46 D. Losurdo, „Die Demokratie als universeller Wert“, in: Marxistische Blätter, 1, 2001, S. 22.

– unmittelbaren Massenaktionen die bislang einzige Kraft, die sich dem ungebrochenen Wirken der ökonomischen Gesetze entgegen zu stellen vermag.

Wieweit können sich innerimperialistische Gegensätze als Stärkung der Gegenmächte auswirken? Zur US-amerikanischen Hegemonie habe ich schon gesprochen. Für sich genommen kann die Konkurrenz zweier oder mehrerer Zentren der staatlichen Durchsetzung einer restaurativen Modernisierung deren Grundtendenz nicht umkehren.

Besonders wichtig wird das künftige Verhalten von Rußland und China sein. Der eigentliche Antipode ist wohl China. Die Entwicklung in China verlief wesentlich anders als in Rußland. Auf der einen Seite setzte der ökonomische Reformprozeß erheblich früher, bereits zu Beginn der achtziger Jahre ein. Auf der anderen Seite ist politisch die führende Rolle der Kommunistischen Partei bis heute erhalten geblieben und offenbar für den Zusammenhalt des Landes entscheidend. Das hohe Wachstumstempo soll sowohl die Lösung der großen sozialen Probleme ermöglichen, als auch die internationale Konkurrenzfähigkeit und die Kraft für eine mögliche Konfrontation mit den USA gewährleisten. Diese Entwicklung ist mit zunehmenden sozialen Widersprüchen verbunden.⁴⁷ Wieder, wie einst in den Zeiten der NÖP, ist ein sozialistischer Staat mit dem „naturgesetzlichen“ Gesamtprozeß konfrontiert, gestützt auf die spezifisch chinesischen Traditionen und Möglichkeiten im bevölkerungsreichsten Land der Welt und die Kraft von Partei und Staat.

Der internationale Hauptgegensatz aber ist heute der Nord-Süd-Gegensatz. Die neoliberale Offensive vertieft die Spaltung der Welt zwischen Nord und Süd. Jean Ziegler berichtet jetzt, dass im Jahr 2002 36 Millionen Menschen verhungerten, dass die Zahl der extrem Armen in den letzten 6 Jahren von 2,7 auf 2,81 Milliarden Menschen gestiegen sei. Das entscheidende Problem sei die Macht der großen Industriestaaten vor allem in der WTO. Sie hätten 2002 ihre Landwirte mit 335 Mrd. Dollar unterstützt, was die Märkte für die Armen kaputt macht.⁴⁸ Auf der 5. Ministerkonferenz der WTO im mexikanischen Cancún gab es erstmals erheblichen Widerstand durch die Verweigerung der Blöcke der 77 und der G 21 von Südafrika über China und Indien bis Brasilien.⁴⁹

Die Gegenkräfte sind vielfältiger Art und uns sicherlich unterschiedlich sympathisch. Der islamische Fundamentalismus ist auch ein Produkt der weltweiten neoliberalen Offensive. Die Nationalstaaten des Südens können

47 H. Peters, China – quo vadis?, in: Junge Welt vom 24./25./26. und 27.1.2003.

48 „System der Beutejäger“, in: Berliner Zeitung vom 9.9.2003.

49 R. Schellenmeister, in: Berliner Zeitung vom 16.9.2003; M. Mies, Neue Kraft, in: Junge Welt vom 18.9.2003.

durchaus Bedeutung haben. Vor allem der Krieg gegen den Irak hat deutlich gemacht, mit welchem Argwohn die staatliche Etablierung von Gegenkräften betrachtet wird. Die ständig überarbeitete Liste von Schurkenstaaten ist dafür ein deutliches Indiz. Dazu gehören Kuba oder das Bündnis von Militär und Armen in Venezuela unter Hugo Chávez. Vieles, was dort geschah, ähnelte außerordentlich stark den Vorgängen in Chile 1973.

Es gibt eine Vielzahl sogenannter Nichtregierungsorganisationen, die sich gegen die kapitalistische Globalisierung wenden. Gegenwärtig erregt AT-TAC die größte Aufmerksamkeit. Die riesigen Veranstaltungen des Weltsozialforums, zuletzt in Porto Allegro im Januar 2003 und jetzt in Dumbai gehören ebenfalls dazu. Früher oder später wird der Druck auf die Herstellung einer neuen Weltwirtschaftsordnung so zunehmen, daß der Norden über eine grundlegende Wende nachzudenken gezwungen sei wird. Dann kann es allerdings schon zu spät sein.

Marx und Engels sahen als Alternative den Sozialismus, also eine Ordnung ohne Privateigentum. Daß eine solche Gesellschaft möglich ist, hat die Geschichte gezeigt, dass sie nicht konkurrenzfähig war, ebenfalls. Es weiß wohl niemand, ob die sich zuspitzenden Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft rechtzeitig Kräfte hervorbringen, die eine neue Gesellschaft schaffen. Dennoch bleibt das Wachhalten der Vorstellung einer möglichen Alternative Voraussetzung jeglichen konsequenten antikapitalistischen Kampfes. Der Marxismus enthält immer beides, den moralischen, politisch-sozialen Ausgangspunkt, das damit verbundene Ziel und die Notwendigkeit, Verhältnisse zu analysieren, um sie zu ändern, Kämpfe zu analysieren, um in ihnen Partei zu ergreifen. Erkenntnis und Parteinahme sind für Marx und – so meine ich jedenfalls – für Marxisten notwendig verbunden. Ein Marxist ist nur derjenige, der aus den Analysen Schlußfolgerungen für sein Verhalten zieht, den Faden zur Praxis nicht abreißen lässt. Deshalb sind die wissenschaftlichen Aussagen noch nicht der ganze Marxismus. Er umfaßt auch Wertungen, Appelle, Forderungen, und kann nur so seine Funktion als Ideologie erfüllen. Marxist zu sein, ist nicht nur die Wahl einer Theorie, sondern zugleich die Wahl einer Haltung.